

24. November 2020

Für ein föderales und demokratisches Europa der Regionen

Mit der Corona-Pandemie durchlebt Europa derzeit seine größte Krise seit Kriegsende. Leider haben die nationalen Reflexe nicht lange auf sich warten lassen. In sehr kurzer Zeit haben die verschiedenen Staaten in einem erfolglosen Versuch, sich gegen die Epidemie zu schützen, unkoordinierte Grenzsicherungen vorgenommen. Plötzlich scheint die gefährliche Teilung Europas wieder fahrlässig in Kauf genommen worden zu sein: Von heute auf morgen wurden in unserer Großregion entlang der Grenzen wieder Barrieren errichtet, die die gemeinsamen Lebensräume abschneiden und damit kilometerlange Staus, lange Umwege für die Grenzpendler, Störungen im Warenverkehr, Einschränkungen in den EU-Bürgerrechten und Trennung von Familien verursachen. Das gegenseitige Vertrauen, das über Jahrzehnte in den Grenzräumen aufgebaut wurde, ist damit ebenso beschädigt worden wie zum Teil das europäische Projekt.

Die Freizügigkeit ist ein Grundrecht der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es darf also keine nationalen Alleingänge der Mitgliedstaaten mehr geben!

Die föderale Entwicklung des europäischen Projekts ist die einzige Option für die Zukunft. Die Institutionen der Europäischen Union müssen weiter demokratisiert werden und nationale Hoheitsrechte zugunsten der Bildung einer europäischen Föderation eingeschränkt werden, um die Nationalstaaten irgendwann ganz zu überwinden.

Als nächste Schritte auf dem Weg dorthin fordert die Europa-Union Saar:

1. Das Verhältnis von Europäischem Rat und Parlament wird verändert:

1.1. Das Parlament erhält echte legislative Gewalt.

1.2. Es wählt die Kommission auf Vorschlag des Rats, aber nicht en bloc, sondern jeden Kommissar einzeln.

Alternativ: Es wählt mit einfacher Mehrheit die Kommission aus Vorschlägen der Nationalstaaten für die einzelnen Kommissariate. Der Rat kann die Kommissare (nicht den

Kommissionspräsidenten) ablehnen. Das Parlament kann das Veto mit qualifizierter Mehrheit überstimmen.

1.3. Das Spitzenkandidatensystem wird verbindlich für die Kommissionspräsidentschaft.

1.4. Das Parlament wird aus transnationalen Listen gewählt.

1.5. An den EU-Innengrenzen werden grenzüberschreitende Wahlkreise gebildet.

1.6. Im Rat wird das Prinzip der Einstimmigkeit in allen Politikfeldern aufgegeben und durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt.

2. An allen Innengrenzen der EU sollen europäische (Grenz-)Regionen nach dem Muster der hiesigen Großregion eingerichtet werden:

Die bisherige Struktur der europäischen (Grenz-)Regionen (transnationalen Kooperationsräume) ist weder besonders demokratisch noch föderal. Im Wesentlichen handelt es sich um Kooperationsstrukturen vorhandener nationalstaatlicher Institutionen, die darüber hinaus recht optional erscheinen.

Dagegen sollen die (Grenz-)Regionen eine regelrechte 'Verfasstheit' als neuartige europäische Gebietskörperschaften erhalten mit eigenem transnationalem Parlament, Budget und vom Parlament gewählter Exekutive. Das wäre ein institutioneller Aufbau, der gleichzeitig dezentral und europäisch ist, d.h. europäische Institutionen nicht von den Nationalstaaten her denkt. Die Wahlkreise der europäischen (Grenz-)Regionen könnten gleichzeitig die neuen transnationalen Wahlkreise an den Innengrenzen für das Europäische Parlament sein. Denkbar wäre es, dass in einer Art Modellversuch eine solche Neugründung zunächst in unserer Großregion erprobt wird.

Margriet Zieder-Ripplinger,

Landesvorsitzende Europa-Union Saar

Norbert Gutenberg, stellvertretender Landesvorsitzender,

Timo Stockhorst, stellvertretender Landesvorsitzender,

Jürgen Zimper, Schatzmeister,

Hans-Joachim Tascher, Beisitzer

Europa-Union Saar

Pestelstr. 2

D-66119 Saarbrücken

Tel.: +49(0)681 / 9267440

E-Mail: info@eu-saar.de

Web: saar.europa-union.de